

USA: Arbeitgeber dürfen nicht diskriminieren

Die amerikanischen Höchstrichter haben entschieden, dass ein 56 Jahre altes Bundesgesetz bereits heute Homo- und Transsexuelle vor Diskriminierung bei der Arbeit schützt. Damit geht ein jahrelanges Tauziehen endlich zu Ende: Ein Freudentag für die Community und eine herbe Niederlage für die Regierung Trump. Bei den drei verhandelten Rechtsfällen ist auch einer dabei, welcher einen christlichen Arbeitgeber tangiert.

Die Richter des Obersten Gerichts der USA haben endlich einen Schlussstrich unter eine seit Jahren schwelende Debatte gezogen: Der Civil Rights Act 1964 und dessen Diskriminierungsschutz gilt auch für LGBTI+. Lange war unklar, wie der Begriff des "Sex", des Geschlechts, gedeutet werden soll, doch nun hat das Supreme Court die Urteile von vorherigen Instanzen unterstützt und erklärt, dass die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität ebenfalls unter den Begriff des Geschlechts falle. Damit erhalten die LGBTI+ Mitarbeitenden in allen 50 US-Bundesstaaten einen Diskriminierungsschutz – und dies, obwohl sich die Regierung Trump bis zuletzt dagegen gewehrt und gar ein offizielles Schreiben an das Gericht abgesetzt hat. Eine herbe Niederlage für Trump und sein Kabinett.



Bislang hatten nur rund die Hälfte der US-Bundesstaaten ein Gesetz, das derartige Ungleichbehandlung ausdrücklich verboten hat. Insbesondere im konservativen Süden durften Arbeitgeber jedoch nach Gutdünken Homo- oder Transsexuelle feuern. Damit ist nach der mit sechs gegen drei Richterstimmen ergangenen Entscheidung Schluss.

Konkret bezieht sich die Grundsatzentscheidung auf Paragraph 7 des bahnbrechenden Bürgerrechtsgesetzes "Civil Rights Act" aus dem Jahr 1964, wonach Diskriminierung unter anderem aufgrund von Merkmalen wie Rasse, Geschlecht oder Religion untersagt wurde. Seit Jahren kämpfen LGBTI-Organisationen dafür, dass auch sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität in diesen Katalog aufgenommen wird. Bislang scheiterte dies aber insbesondere am Widerstand der Republikanischen Partei. Das Höchstgericht entschied aber, dass die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität unter das Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechtes falle und daher verboten sei.

Der Supreme Court hatte drei Fälle aus Vorinstanzen übernommen: Konkret ging es erstens um die Entlassung des inzwischen verstorbenen Fallschirmsprunglehrers Donald Zarda aus der Nähe von New York, der 2010 von seinem Arbeitgeber wegen seiner Homosexualität gefeuert worden war. Zweitens wurde der Fall der Bestatterin Aimee Stephens aus Michigan verhandelt, die von ihrem christlichen Arbeitgeber 2013 gefeuert worden war, weil sie eine Geschlechtsanpassung durchführen liess. Auch die in den letzten Jahren USA-weit bekannt gewordene Aktivistin erlebte das Urteil nicht mehr – sie verstarb letzten Monat an Nierenversagen. Drittens wurde der Fall des Sozialarbeiters Gerald Bostock aus Georgia behandelt, der von der Bezirksregierung mit Verweis auf seine Homosexualität entlassen wurde. Nach seiner Klage geht dieser Fall unter der Bezeichnung "Bostock v. Clayton County" in die Geschichte ein.

Trump-Richter votierte mit "liberalen" Richtern und Chefrichter

Eigentlich haben in dem Gerichtshof die Konservativen die Mehrheit. Fünf Richter wurden von Republikanern ernannt, drei Richterinnen und ein Richter von den Demokraten. Allerdings stellte sich neben dem konservativen Chefrichter John Roberts ausgerechnet der von Donald Trump ernannte und als

erkonservativ geltende Richter Neal Gorsuch auf die Seite der "Liberalen". Gorsuch schrieb auch die Begründung der Mehrheit.

Darin heisst es unter anderem: "Ein Arbeitgeber, der eine Person einfach dafür feuert, weil sie homosexuell oder transgender ist, verstösst gegen das Gesetz." Gorsuch verwies darauf, dass die Sprache im Civil Rights Act sehr breit angelegt sei – und es daher vorschreibe, dass auch Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verboten sei, weil diese Merkmale eben auf dem Geschlecht beruhen.

Die drei konservativen Richter Clarence Thomas (ernannt von George H.W. Bush), Samuel Alito (ernannt von George W. Bush) und Brett Kavanaugh (ernannt von Donald Trump) beschuldigten dagegen die Richtermehrheit, wie ein Gesetzgeber zu agieren und nicht wie Richter. Alito argumentierte, dass die Intention der Initiator*innen des Gesetzes in den Sechzigerjahren nicht einmal im Ansatz der Schutz von Homo- und Transsexuellen gewesen sei.

Die Richtermehrheit folgte einer Rechtsauffassung, die bereits einige Gerichte in den letzten Jahren entwickelt hatten – die Mehrheit untergeordneter Gerichte hatte aber die Meinung vertreten, dass das Merkmal "Geschlecht" im Bürgerrechtsgesetz nicht "sexuelle Orientierung" und "Geschlechtsidentität" mit einschliessen würde. Das Justizministerium unter Präsident Barack Obama hatte vor Gerichten und in Richtlinien eine progressive Deutung des Gesetzes vertreten. Unter Präsident Trump bekämpfte die Regierung die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes allerdings wieder, so auch zu den vorliegenden Fällen vor Gericht.

LGBTI-Organisationen zeigten sich erfreut über den Sieg: GLAAD-Chefin Sarah Kate Ellis erklärte etwa: "Speziell in einer Zeit, in der die Trump-Regierung die Rechte von Transmenschen zurückdreht und transphobe Gewalt unserer Nation weiterhin zu schaffen macht, ist diese Entscheidung ein Schritt vorwärts und bestätigt, dass Transmenschen und alle anderen LGBTQ Würde haben." Amnesty International erklärte in Anlehnung an das Präsidenten-Jargon: "Das. Ist. RIESIG!". Dazu bekräftigte die Menschenrechtsorganisation: "LGBTI-Rechte sind Menschenrechte." Der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo freute sich auf Twitter ebenfalls über die Entscheidung und bezeichnete sie als "grossen Sieg für LGBTQ-Rechte". Der Politiker der Demokraten versprach ausserdem, dass sein Bundesstaat weiter dafür kämpfen werde, dass "jede LGBTQ-Person ohne Angst sie selbst sein kann".

Präsident Donald Trump, der kurz vor der Entscheidung mehrfach in Grossbuchstaben getwittert hatte ("LAW & ORDER!"), äusserte sich in den ersten zwei Stunden nach der Urteilsverkündung nicht zu diesem Fall.

Konservative und Rechtspopulisten zeigten sich jedoch schockiert über das Urteil. Im Rechtsaussen-Portal "Breitbart News", das Trump bedingungslos unterstützt, beklagten sich Nutzer*innen etwa darüber, dass der Sieg der "Perversion" Amerika schwächen würde.

Urteilsbegründung

In der Urteilsbegründung schreibt der konservative Richter Neil Gorsuch, dass es unmöglich sei, eine Person zu diskriminieren, nur weil sie homosexuell oder transgender sei, ohne sie auch wegen dessen Geschlecht zu diskriminieren. Man solle sich folgendes Beispiel ansehen: Ein Arbeitgeber habe zwei Angestellte, welche beide an Männern interessiert seien. Die beiden Personen sind daher, in den Augen des Arbeitgebers, identisch in allen Aspekten, ausser, dass einer ein Mann und die andere Person eine Frau sei. Feuere nun der Arbeitgeber den männlichen Angestellten nur aus dem Grund, dass er sich zu Männern hingezogen fühle, so Gorsuch weiter, dann diskriminiere der Arbeitgeber ihn aus einem Grund, welchen er aber bei der weiblichen Angestellten akzeptiere.

Die gleiche Ansicht vertreten die Richter auch in Bezug auf die Geschlechtsidentität. Als Beispiel, wenn ein Arbeitgeber eine Transperson entlasse, welche sich bei der Geburt als Mann identifiziert habe, und sich nun aber als Frau identifiziere, so Gorsuch. Wenn der Arbeitgeber gleichzeitig eine vollkommen identische Angestellte, welche sich als Frau identifiziere, behalte, dann bestrafe der Arbeitgeber die Person, welche sich bei der Geburt als Mann identifiziert habe, für etwas, was er bei der Angestellten, welche sich seit der Geburt als Frau identifiziere, akzeptiere. Auch hier spiele somit das Geschlecht der Person, welche entlassen werde, die entscheidende Rolle.

Trump will LGBT-Rechte nach und nach aufheben

Donald Trump fällt nicht zum ersten Mal durch die Rückabwicklung von Gesetzen und Verordnungen auf, die die Rechte der LGBTQ-Community schützen sollen: Als eine seiner ersten Amtshandlungen liess der US-Präsident 2017 etwa Trans-Personen vom Militärdienst ausschliessen. Schutzbestimmungen für Schüler, die transgender sind, wurden ebenfalls zurückgenommen. Einer neuen Regelung des "Departments for Housing and Urban Development" zufolge soll es geschlechtsgetrennten Obdachlosenunterkünften ausserdem erlaubt sein, Menschen abzulehnen, wenn ihr biologisches Geschlecht nicht mit jenem übereinstimmt, für das die Unterkünfte ausgelegt sind – eine Regelung, die eindeutig auf die Diskriminierung von Trans-Personen ausgerichtet ist.

Bereits vor kurzem hat Trump eine von Vorgänger Barack Obama geschaffene Regelung zum Schutz von trans-Personen vor Diskriminierung im Gesundheitswesen aufgehoben. Trump hat sich auch zum Ziel gesetzt, die Ehe für alle wieder abzuschaffen.

queer.de / 16.6.2020